

# Regierung stellt sich gegen Reinach

Die von Baudirektor Jörg Krähenbühl kritisierte Kap-Haltestelle wird nicht realisiert

BaZ 7.2.2009

GEORG SCHMIDT

**Die Umgestaltung der Reinacher Hauptstrasse wird keine Kap-Haltestelle kennen. Aus Gründen der Verkehrssicherheit hat sich die Regierung für das Modell «Zeitinsel mit Lichtsignalanlage» entschieden. In Reinach reagiert man ungehalten.**

Im langwierigen Streit um die Gestaltung der Tramhaltestelle Reinach Dorf (Fahrtrichtung Basel) hat der Regierungsrat seinen Entscheid gefällt. Gestützt auf ein Gutachten der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU), die sieben Varianten untersucht hat, kommt er zum Schluss, «dass die Variante «Zeitinsel mit Lichtsignalanlage» zu bevorzugen ist». Dies schreibt die Sicherheitsdirektion in einer Mitteilung. Damit bleibt die Tramhaltestelle baulich unverändert; steht das Tram in der Station, wird der nachfolgende Verkehr per Ampel angehalten. Die ursprünglich geplante Kap-Haltestelle – also ein bis nahe an die Schienen vorgezogenes Trottoir – wird nicht verwirklicht.

Aus Sicht der BfU sind neben der Zeitinsel auch eine Kap-Haltestelle und eine Haltestelle am Fahrbahnrand (Schienen werden ans Trottoir herangezogen) empfehlenswert, wie es in ihrem Bericht heisst. Diese drei Möglichkeiten sind «grundsätzlich gleichwertig», räumt auch die Sicherheitsdirektion ein. «Einzig die nun beschlossene Variante berücksichtigt aber die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer gleichermassen», sagt Stephan Mathis, Generalsekretär der Sicherheitsdirektion.

Dies gelte namentlich für Velofahrer, die sich nun nicht zwischen Trottoirkannte und Tramschiene durchschlängeln müssten. Bei einer Kap-Haltestelle seien Velofahrer infolge Sturzgefahr einem erheblichen Unfallrisiko ausgesetzt, das bei der Variante Zeitinsel nicht besteht. Mathis sagt, die BfU habe das Gutachten in einem dialogischen Verfahren erstellt, an dem neben der Baudirektion auch die Gemeinde Reinach gleichberechtigt beteiligt gewesen sei.

**RÜCKSCHLAG.** In Reinach tönt es ganz anders: Von einem «schweren Rückschlag» für die Umgestaltung der Hauptstrasse ist in einer Mitteilung der Gemeinde die Rede. Er habe «nur noch den Kopf geschüttelt» über den Entscheid aus Liestal, über den er kurz vor dem Versand der Medienmitteilung per Mail informiert worden sei, sagt Urs Hintermann. Der Gemeindepräsident spricht von einem «Affront». Die Umgestaltung der Hauptstrasse, die zusammen mit dem Kanton erfolgte, sei weitgehend abgeschlossen gewesen, so Hintermann, als der damals neue Baudirektor Jörg Krähenbühl die Planung und speziell die Kap-Haltestelle plötzlich infrage gestellt habe.

Krähenbühl, der vor seiner Wahl in die Regierung auf Höhe der strittigen Tramhaltestelle ein Sportartikelgeschäft betrieb und im Reinacher Gemeinderat sass, musste aber wegen des Verdachts der Befangenheit in den Ausstand treten und das Geschäft an die Sicherheitsdirektion abgeben. Das BfU-Gutachten



**Bleibt baulich unverändert.** Der Entscheid des Regierungsrats verzögert die Umgestaltung der Hauptstrasse. Foto Lea Hepp

geht denn auch auf einen Auftrag von Sicherheitsdirektorin Sabine Pegoraro zurück, welche eine neutrale Entscheidungsgrundlage brauchte.

Hintermann sieht dennoch Ungeheimheiten: Er fragt, warum die erste Fassung des BfU-Berichts, in der die Kap-Haltestelle «ausdrücklich empfohlen» worden sei, überarbeitet wurde. Und er will wissen, warum nicht berücksichtigt wurde, das sich Pro Velo für die Kap-Haltestelle ausgesprochen habe.

Schliesslich weist er darauf hin, dass die Zeitinsel nur dann sicher sei, wenn etliche der hinter der Haltestelle vorgesehenen Parkplätze wegfallen. Dass Parkplätze verloren gehen, komme einem «Schildbürgerstreich» gleich: «Das ist das Gegenteil von dem, was die Detailisten wollten.» Gemäss Mathis ist im Sinne des Auftrags des Regierungsrats zu klären, ob es valablen Ersatz für die Grundeigentümer gebe. Nur in diesem Fall käme der Verzicht auf die Parkplätze in Betracht.

**ZWISCHENZIEL.** «Wir müssen jetzt überlegen, ob das Projekt, soweit es in unserer Kompetenz liegt, überhaupt noch sinnvoll ist», sagt Hintermann. Auf alle Fälle seien «50 Prozent des Projekts futsch». Hintermann spricht von «mindestens drei Jahren Verzögerung und 500 000 Franken Mehrkosten» – und möglicherweise wegfallenden Bundesbeiträgen.

Nachdem man jetzt ein «wesentliches Zwischenziel» erreicht habe, will die Sicherheitsdirektion nun mit der Ausarbeitung des konkreten Bauprojekts für die Kantonsstrasse beginnen.

## Kommentar

### So weit darf es nicht kommen

MICHAEL ROCKENBACH



**Ein Regierungsrat darf niemals den Anschein erwecken, die eigene Machtposition für private Interessen**

auszunutzen. Gegen dieses Gebot versties Jörg Krähenbühl (SVP), als er Mitte 2007 als neuer Baudirektor jenes Projekt stoppte, das er schon als Liegenschaftsbesitzer bekämpft hatte: das Projekt einer neuen Reinacher Ortsdurchfahrt mit einer Kap-Haltestelle. Erst nach massiver Kritik von Politikern und Rechtsexperten gab Krähenbühl das Dossier vor einem Jahr an Sicherheitsdirektorin Sabine Pegoraro (FDP) ab. Die Reaktion kam spät, sehr spät. Für Krähenbühl aber gerade noch rechtzeitig, um seinen Ruf einigermaßen zu retten. Für Reinach war es aber bereits zu spät. Nach dem ganzen Hin und Her wird das Projekt anstatt 2008 jetzt frühestens 2011 realisiert – wenn alles optimal

läuft. Denn nach dem gestern mitgeteilten Entscheid der Baselbieter Regierung müssen die Reinacher Behörden bei wichtigen Teilen der Planung wieder von vorne beginnen. Für Reinach ist das umso ärgerlicher, weil die Planung einst in enger Zusammenarbeit mit der Baudirektion in Angriff genommen worden war und diese das ursprüngliche Projekt mit Kap-Haltestelle bis zu Krähenbühls Veto unterstützt hatte. Vor diesem Hintergrund hat auch der gestrige Entscheid einen faden Beigeschmack. Nachdem auch noch die Beratungsstelle für Unfallverhütung die Kap-Haltestelle kürzlich als empfehlenswerte Variante bezeichnet hat, drängt sich der Verdacht auf, dass sich der Regierungsrat nun dagegen entschieden hat, um dem Kollegen Recht zu geben. Einem solchen Verdacht darf sich keine Regierung jemals aussetzen.

michael.rockenbach@baz.ch